

European Policy Centre

Das European Policy Centre ist eine Brüsseler Denkfabrik. Sie kam 2010 in die Kritik, weil sie in den 90er Jahren als Vorfeldorganisation einer von der Tabakindustrie angeführten Unternehmensallianz diente.

European Policy Centre

Rechtsform

Tätigkeitsbereich Denkfabrik
ch

Gründungsdatum 1997

m

Hauptsitz Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro EU 155 rue de la Loi, B-1040
Brüssel

Webadresse <http://www.epc.eu>

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Organisationsstruktur und Personal	1
3 Finanzen	1
4 Lobbystrategien und Einfluss	2
5 Fallstudien und Kritik	2
5.1 Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie u.a. in den 90ern	2
6 Weiterführende Informationen	2
7 Einelnachweise	2

Kurzdarstellung und Geschichte

Das EPC wurde 1997 gegründet. 2003 wurde es als gemeinnützige Organisation in Belgien registriert.^[1]

Organisationsstruktur und Personal

Siehe: [Governance](#), EPC-Webseite

Finanzen

2010 hatte EPC Einnahmen in Höhe von 2,45 Mio. Euro. Etwa ein Drittel davon kommt als Organisationsförderung von ihren zwei strategischen Partnern: der italienischen Stiftung Compagnia di San Paolo und der belgischen King Baudouin Foundation. Ein weiteres Drittel stammt aus den Beiträgen der Mitglieder, darunter zahlreiche Unternehmen, Verbände und Lobbyagenturen, aber auch Nichtregierungsorganisationen.^[2] 27 Prozent der Einnahmen sind Zahlungen von Unternehmen, Stiftungen oder staatlichen Stellen für einzelne Projekte.^[3] 6 Prozent kommen von der EU selbst.^[4]

Lobbystrategien und Einfluss

Fallstudien und Kritik

Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie u.a. in den 90ern

Eine Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden setzte in den 90er Jahren durch, dass europäische Gesetze vorab auf ihre ökonomischen Kosten untersucht und dabei vor allem die betroffenen Branchen gehört werden sollten. Damit sollte der Ablauf des europäischen Gesetzgebungsverfahrens prinzipiell so gestalten werden, dass die eigenen Interessen möglichst gut zur Geltung kommen. Die strategische Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden wurde von dem Lucky Strike-Hersteller British American Tobacco (BAT) ins Leben gerufen.

Um die Glaubwürdigkeit der Lobbykampagne zu erhöhen, sollte nicht BAT selber, sondern eine möglichst renommierte „Frontorganisation“ die Initiative ergreifen. Ausgewählt hierfür wurde das „European Policy Centre“ (EPC), als Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zur EU-Administration. EPC wiederum gründete im Auftrag von BAT das „risk assessment forum“, das als Plattform für Unternehmen gedacht war, die von staatlicher Regulierung besonders betroffen sind. Dieses Vorgehen wurde durch eine Studie in der Medizinzeitschrift Public Library of Science im Januar 2010 bekannt. EPC sagte nach dem Erscheinen, das EPC habe sich seitdem grundlegend umstrukturiert.^[5]

Weiterführende Informationen

- [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.3.2010 zu der Studie über EPCs Tätigkeit als Frontgruppe der Tabakindustrie in den 90er Jahren

Einelnachweise

1. ↑ [Governance](#), EPC-Webseite, abgerufen am 21.9.2011]
2. ↑ [Members](#), EPC-Webseite, abgerufen am 21.9.2011
3. ↑ [Programme contributions for 2010](#), EPC-Webseite, abgerufen am 21.9.2011
4. ↑ [Financing - the EPC's funding sources](#), EPC-Webseite, abgerufen am 21.9.2011
5. ↑ [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.3.2010, abgerufen am 21.9.2011